

Jachmich, Laura; Gebhardt, Mareike

Book Review — Published Version

[Rezension] Ludwig, Gundula (2023): Körperpolitiken und Demokratie. Eine Geschichte medizinischer Wissensregime

Politische Vierteljahresschrift

Provided in Cooperation with:

Springer Nature

Suggested Citation: Jachmich, Laura; Gebhardt, Mareike (2024) : [Rezension] Ludwig, Gundula (2023): Körperpolitiken und Demokratie. Eine Geschichte medizinischer Wissensregime, Politische Vierteljahresschrift, ISSN 1862-2860, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, Vol. 65, Iss. 4, pp. 811-814,
<https://doi.org/10.1007/s11615-024-00564-9>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/315603>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Ludwig, Gundula (2023): *Körperpolitiken und Demokratie. Eine Geschichte medizinischer Wissensregime*

Frankfurt/New York: Campus Verlag. 472 Seiten. 35,00 €

Laura Jachmich · Mareike Gebhardt 

Angenommen: 31. Juli 2024 / Online publiziert: 29. August 2024
© The Author(s) 2024

In ihrem Buch „Körperpolitiken und Demokratie“ setzt sich *Gundula Ludwig* mit der Genese medizinischer Wissensregime im Kontext der deutschen Demokratiegeschichte auseinander. Die Autorin vereint gouvernementalitäts-, geschlechter- und demokratietheoretische Ansätze. Ihr grundsätzliches Anliegen ist es, die Notwendigkeit körpertheoretischer Auseinandersetzungen mit Demokratiegeschichte und -theorie zu unterstreichen sowie die radikaldemokratische Kritik an der liberalen Demokratie um die Dimension der vergeschlechtlichten und rassifizierten Körperpolitik zu erweitern. Anhand einer archivischen Aufarbeitung medizinischer Körperpolitiken im Zeitraum von 1848 bis 1933 zeigt *Ludwig*, wie medizinische „Experten“ (S. 132) eine machtvolle hegemoniale Stellung ausbauen und die Menschen zur Arbeit an ihrem eigenen Körper als Beitrag zu einer „gesunden Bevölkerung“ antreiben konnten. Um zu betonen, dass dieses „Expertenwissen“ (z. B. S. 337) nur dann als solches wahrgenommen wurde, wenn es von Männern produziert wurde, verzichtet *Ludwig* an den entsprechenden Stellen auf eine geschlechtergerechte Sprache. Wir folgen dieser Vorgehensweise.

Das Buch besteht aus einer Einleitung und sechs Hauptkapiteln. In der Einleitung verdeutlicht *Ludwig* die Relevanz einer körpertheoretischen Perspektive für die Politische Theorie. Durch diese kann aufgezeigt werden, wie Vorstellungen des Körpers genutzt wurden, um Populationen zu regieren, medizinisch-soziale Ordnungen zu rechtfertigen und die zugrunde liegenden Ideen von politischer Gemeinschaft und Subjekt vermeintlich naturwissenschaftlich-medizinisch zu begründen.

✉ Laura Jachmich · ✉ Mareike Gebhardt
Universität Münster, Münster, Deutschland
E-Mail: l_jach01@uni-muenster.de; mareike.gebhardt@uni-muenster.de

Anschließend geht die Verfasserin in Kapitel I darauf ein, wie das Mitte des 19. Jahrhunderts entstehende naturwissenschaftliche Verständnis der Medizin als sachlich, objektiv wahr und fortschrittlich die Vorstellung von Demokratie prägte. Aus einer radikaldemokratischen Perspektive zeigt *Ludwig* auf, wie der Rekurs auf naturwissenschaftliche „Wahrheiten“ den Raum des politisch Streitbaren verengt.

Welche demokratisierenden Momente medizinischer Politik sich während der 1848er-Revolution finden lassen, analysiert Kapitel II. Die Medizin baute ihre hegemoniale Stellung in der Zivilgesellschaft aus, indem sie in Krisenzeiten Orientierungswissen bereitstellte und sich u. a. durch die Schaffung einer Krankenhausinfrastruktur professionalisierte. Dadurch wurden Erkrankte nicht mehr privat-subjektiv, sondern öffentlich-objektiv behandelt.

Im Kapitel III erörtert *Ludwig*, wie Gesundheit staatlich als Recht verankert und als Pflicht der Bürger*innen aufgefasst wird. Sie schildert überzeugend, wie Verwissenschaftlichung der Hygiene und Vermittlung hygienischen Wissens dazu beitragen, Gesundheit zu einem statistisch berechenbaren und erklärbaren Wert zu machen. Bürgerliche Frauen bildeten die Schnittstelle zwischen dem ärztlich-hygienischen Expertenwissen und den Alltagspraktiken der Arbeiter*innen. Entscheidend sei gewesen, die Bevölkerung auf demokratische Weise – nicht mittels Verboten, sondern durch Prinzipien der Freiwilligkeit und Selbsttätigkeit – aufzuklären. Obwohl die Etablierung der Hygiene demokratisierende Elemente (u. a. hinsichtlich politischer Partizipationsmöglichkeiten) begünstigte, war ihr Demokratisierungspotential begrenzt. Als Gründe hierfür führt *Ludwig* an, dass erstens der Anspruch auf Gleichheit aufgrund einer Unterscheidung zwischen Experten und Bevölkerung nicht eingelöst wurde. Zweitens erfolgten reformerische Programme nicht primär aus demokratischen Gründen. Vielmehr dienten sie der Beruhigung der Bevölkerung. Drittens wurden in der Anrufung der Subjekte bestehende Ungleichheitsverhältnisse – insbesondere in Bezug auf Geschlecht, Klasse und „Rasse“ – verfestigt. Viertens wurde die „Kulturnation“ (S. 209) Deutschland durch eine eurozentrisch-rassistische und koloniale, später dann nationalsozialistische Abwertung „der Anderen“ vorangetrieben.

Auf die Verbindung gesellschaftlicher und medizinischer Interessen, die mit der Sozialen Hygiene vorangetrieben wurde, geht *Ludwig* in Kapitel IV ein. Die Annahme der Sozialen Hygiene, Krankheit weise soziale Ursachen auf, wurde umgesetzt, indem die gesellschaftlichen Gründe von Krankheiten bekämpft und in der Zukunft liegende Krankheitsrisiken durch gezielte, eugenische Fortpflanzungspolitiken verhindert werden sollten. Demokratisierendes Element der Sozialen Hygiene war die Regierung der Menschen als rationale, verantwortungsvolle und freie Subjekte, die über ihren Körper verfügen können und dadurch für die Gesundheit der Bevölkerung Sorge tragen. Undemokratisch war das Vorhaben der Sozialhygieniker, da sie ein hierarchisches Verhältnis zwischen sich als Experten und der Bevölkerung aufrechterhielten. Ihre hegemoniale Stellung in der Wissensproduktion verfestigten sie durch eine naturwissenschaftliche Legitimierungsstrategie: Was für die Bevölkerung als erstrebenswert galt, legten die Sozialhygieniker unverhandelbar und durch eine Verknüpfung Sozialer Hygiene mit „wissenschaftlicher“ Eugenik fest. *Ludwig* legt dar, wie die Verbindung demokratischer und undemokratischer Elemente in der „un-

politischen“ Politik der Sozialhygieniker die Weichen für die nationalsozialistische „Rassenhygiene“ (S. 240) stellte.

Auf Basis der biopolitischen Arbeiten Michel Foucaults nimmt *Ludwig* in Kapitel V eine machttheoretische Erweiterung seiner Annahmen vor, indem sie Körper als zentrales Element der Macht liberaler Demokratien herausstellt. Die Autorin beschreibt eine ambivalente Demokratisierungsbewegung: Einerseits können die sozialhygienischen Programme als eine Verbesserung der Gesundheitsstandards gefasst werden. Andererseits trugen sie zu einer Verankerung rassistisch-kolonialer Vorstellungen in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung bei. Sozialhygienische Körperpraktiken prägten den Alltag nachhaltig und ebneten den Weg für die nationalsozialistische Diktatur.

Abschließend argumentiert *Ludwig* in Kapitel VI für eine körpertheoretische Erweiterung der Radikalen Demokratietheorie. Sie deckt körpertheoretische Leerstellen der Demokratietheorien Roberto Espositos sowie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes auf. Im Rückgriff auf Judith Butler und Jacques Rancière entwickelt *Ludwig* ein Demokratieverständnis, in dem sich die politische Gemeinschaft über die Anerkennung radikaler Relationalität von Körpern konstituiert. Aus ihr lässt sich politische Verantwortung für eine an Gleichheit ausgerichtete Politik ableiten. Politische Subjekte werden als verkörpert, gemeinsam handelnd und stets zueinander in Beziehung stehend verstanden. Da es in radikaldemokratischen Konzeptionen keinen ontologischen Grund des Politischen gibt, sind Körper ebenso kontingent wie das Politische selbst.

Das über 400 Seiten starke Buch besitzt große Stärken in der Entfaltung seiner stringenten Argumentation und allenfalls kleinere Schwächen im Detail. Dabei fallen die zahlreichen einführenden Zitate auf, die nahezu jedem (Unter-)Kapitel vorangestellt sind. Damit verlieren die Eingangszitate an Prägnanz. Eine gezielte Selektion der Zitate hätte zu ihrer Aussagekraft beigetragen. Auffällig ist auch die kleinteilige Gliederung, die den Lesefluss etwas hemmt und manchmal verhindert, dass die Verfasserin ihre Argumentation vertieft. In „Körperpolitiken und Demokratie“ arbeitet *Ludwig* nichtsdestotrotz eindrucksvoll, detailreich und sprachlich versiert die Einflüsse medizinischen Expertenwissens auf Politik und die demokratische Regierung der Bevölkerung auf. Foucault folgend, setzt sich *Ludwig* sowohl archäologisch als auch genealogisch mit dem Zusammenhang von Körperpolitiken und Demokratie auseinander. Die Argumentation für eine körpertheoretische Erweiterung der Radikalen Demokratietheorie ist dabei präzise und stichhaltig. Insgesamt legt *Ludwig* eine für die Politikwissenschaft zentrale Arbeit vor, die eine komplexe theoriegeleitete Vorgehensweise mit einer aufwändigen historisch-politischen Archivarbeit verbindet.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.